

Beschlussempfehlung und Bericht **des Ausschusses für Wirtschaft und Arbeit (9. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Erich G. Fritz, Karl-Josef Laumann,
Dagmar Wöhrl, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU
– Drucksache 15/746 –**

Neustrukturierung der Außenwirtschaftsförderung als Beitrag zur Schaffung von Wachstum und Beschäftigung

A. Problem

Anpassung der Außenwirtschaftspolitik an die Belange vor allem der mittelständischen Unternehmen: weitere Handelsliberalisierungen und WTO-Prozess, Hermes-Bürgschaften, Messförderung, Beratung junger Unternehmen, Koordination zwischen Bund und Ländern sowie innerhalb der Bundesregierung, politische Flankierung von Exportvorhaben, Förderung ausländischer Investitionen, Ausrichtung auf die EU-Osterweiterung.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Kosten wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 15/746 abzulehnen.

Berlin, den 26. Mai 2004

Der Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit

Dr. Rainer Wend
Vorsitzender

Christian Müller (Zittau)
Berichterstatler

Bericht des Abgeordneten Christian Müller (Zittau)

I. Überweisung

Der Antrag der Fraktion der CDU/CSU auf Drucksache 15/746 wurde in der 70. Sitzung des Deutschen Bundestages am 24. Oktober 2003 an den Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit zur federführenden Beratung und den Auswärtigen Ausschuss, den Finanzausschuss, den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Mitberatung überwiesen.

II. Voten der mitberatenden Ausschüsse

Der **Auswärtige Ausschuss** (40. Sitzung am 26. Mai 2004), der **Finanzausschuss** (57. Sitzung am 5. Mai 2004), der **Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft** (24. Sitzung am 12. November 2003), der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** (27. Sitzung am 10. Dezember 2003), der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** (37. Sitzung am 5. Mai 2004) und der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** (38. Sitzung am 14. Januar 2004) haben den Antrag beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Haushaltsausschuss** hat in seiner 33. Sitzung am 6. November 2003 den Antrag beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Abwesenheit der Fraktion der FDP empfohlen, den Antrag abzulehnen.

III. Wesentlicher Inhalt des Antrags

Nach Auffassung der antragstellenden Fraktion der CDU/CSU müssten angesichts der Bedeutung der Außenwirtschaft als Konjunkturmotor in der Außenwirtschaftspolitik künftig alle Maßnahmen Priorität haben, die die Außenwirtschaftsförderung effektiver und vor allem dem Mittelstand den Zugang zu Auslandsmärkten leichter möglich machen. Die Antragsteller fordern unter anderem, die Koordination in der Förderung innerhalb der Bundesregierung zu verbessern und die Arbeitsbereiche von Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit, Auswärtigem Amt und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung klarer voneinander abzugrenzen. Zudem sei ein

Anwachsen der für die Außenwirtschaftsförderung aufgewandten Mittel erforderlich. Die Regierung wird des Weiteren aufgefordert, das Hermes-Instrument vor allem für kleinere und mittlere Unternehmen (KMU) so unbürokratisch und transparent wie möglich zu gestalten, bei den KMU dafür zu werben und das Entscheidungsverfahren für Hermes-Deckungsanträge zu vereinfachen. Außerdem soll die aktive Beratung von jungen Unternehmen über Hilfen beim Auslandsengagement verstärkt und das Angebot der Bundesagentur für Außenhandelsinformation noch mittelstandsfreundlicher gestaltet werden. Darüber hinaus seien vor allem Unternehmen der mittelständischen Wirtschaft durch Informationen und Beratungshilfe auf die osteuropäischen Beitrittsmärkte vorzubereiten.

Wegen der Einzelheiten wird auf die Drucksache 15/746 verwiesen.

IV. Beratung und Abstimmungsergebnis im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit** hat den Antrag in seiner 60. Sitzung am 5. Mai 2004 beraten und abgeschlossen.

Die Vertreter der antragstellenden **Fraktion der CDU/CSU** betonten, Ziel ihres Antrags sei es, die bestehenden sehr guten Instrumente der Außenwirtschaftsförderung weiter zu stärken. Auch sei es in Zeiten knapper Kassen besonders dringlich, die Kooperation der einzelnen Akteure in diesem Feld zu verbessern. Dazu enthalte die Außenwirtschaftsoffensive der Bundesregierung leider keine Anstöße.

Die **Fraktion der FDP** bemängelte, dass die Verfahren der Hermes-Absicherung insbesondere für kleine und mittelständische Unternehmen noch zu bürokratisch seien.

Die **Koalitionsfraktionen** wiesen darauf hin, dass sich die Exportwirtschaft trotz des hohen Euro weiter verbessert habe. Dies sei ein Indiz dafür, dass die Außenwirtschaftsoffensive der Bundesregierung bereits Erfolge zeige. Auch sei trotz der schwierigen Haushaltslage das Netz der Auslandshandelskammern ausgeweitet und seien die Mittel für die Auslandsmesseförderung erhöht worden. Die Forderungen der Fraktion der CDU/CSU seien überwiegend bereits umgesetzt und der Antrag damit überholt.

Der Ausschuss hat mit der Mehrheit der Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP beschlossen, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 15/746 zu empfehlen.

Berlin, den 26. Mai 2004

Christian Müller (Zittau)
Berichterstatter

